

Peter Meier-Bergfeld, Rheinischer Merkur, 9. August 2001

**Das Udenkbare aussprechen
Sollten die Westberliner in die Lüneburger Heide umgesiedelt werden? Eine
Spurensuche**

Walter Ulbricht sagte mit seiner hohen sächselnden Fistelstimme am 15.6.1961 auf einer Pressekonferenz: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten ... Ich verstehe Ihre Frage so, dass es Menschen in Westdeutschland gibt, die wünschen, dass wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR mobilisieren, um eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, dass eine solche Absicht besteht.“

In den frühen Morgenstunden des 13. August 1961 begannen „Volkspolizei“, „Nationale Volksarmee“ und „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ genau diese Mauer zu bauen, die 10 315

Tage stehen sollte. In der Bernauer Straße sprangen Menschen aus dem Fenster auf den (westlichen) Bürgersteig oder versuchten, sich mit zusammengeknoteten Bettlaken abzu-seilen. Rudolf Urban stürzte dabei ab – tödlich. Er war das erste von insgesamt 255 Maueropfern. In diesem wie in anderen Fällen: Die auf westlicher Seite patrouillierenden GIs handelten auch nicht. Am Checkpoint Charlie standen sich amerikanische und sow-jetische Panzer gegenüber, andere (britische) Panzer mussten später einen Schüler aus Ste-instücken (einer Enklave am Stadtrand Westberlins) zur Schule begleiten.

Deutschland war teilbar? Die Menschen im Osten arrangierten sich, der Arbeitsmarkt im Westen wich auf Ausländer aus, Präsident Kennedy sprach sein berühmtes „Ich bin ein Berliner“ (1963), und Adenauer sah es nicht für nötig an, sofort nach Berlin zu reisen. Das ist die bis heute gängige Skizze der Ereignisse in den Köpfen.

Damit will der Innsbrucker Historiker Rolf Steininger (Westfale von Geburt) Schluss machen. Steininger liebt in seinen Arbeiten die Provokation. Wenn das alles richtig ist, was er hier auf 411 Seiten vorlegt, kann man – wie bei der kleinen Wiedervereinigung selbst – die Behauptung, die Westalliierten seien auch hinter den Kulissen die (vertrags-)treuen Fre-unde der (West-)Deutschen gewesen, getrost (oder enttäuscht) vergessen. Oder – um es mit Nestroy zu sagen: „S'is alles net woahr.“

Steiningers These ist die: Die Westalliierten wussten früh Bescheid und akzeptierten die Einmauerung Westberlins, ja, sie haben ernsthaft den Plan ventiliert, die Westberliner auszusiedeln und in der Lüneburger Heide neu anzusiedeln. Selbst Paul Nitze, damals stel-lvertretender amerikanischer Außenminister, hat Anfang November 1961 dem Präsidenten Kennedy Dinge vorgeschlagen („thinking the unthinkable“), die so drastisch waren, dass sie nicht einmal ansatzweise den Deutschen zur Kenntnis gebracht werden sollten. Nitze schlug die Aufgabe Westberlins vor, dafür sollte ein wesentlicher Teil der DDR in den Besitz Westdeutschlands übergehen. Daraus wurde nichts – dank Adenauer. Der hat sich nämlich – da er den Engländern (Macmillan wollte generell die Wiedervereinigung nicht) und dem „jungen Mann“ Kennedy tief misstraute – mit de Gaulle in der Berlinkrise zusam-

mengetan und kooperiert. Daraus entstand der Deutsch-Französische Vertrag von 1963.

Das Auswärtige Amt in Bonn ließ – unter dem Kanzler Adenauer – nie locker: Am 1. November 1962 übergab es den Briten und Amerikanern ein Memorandum: „Es gibt keine zwei deutschen Staaten... die SBZ ist kein selbständiger Staat ... die Entschlossenheit des gesamten deutschen Volkes, an dem Gedanken der deutschen Einheit festzuhalten, ist eine Tatsache... Die Teilung Deutschlands ist durch Gewalt rechtswidrig herbeigeführt.“ Adenauer nannte Chruschtschow am 14.11.1962 im Gespräch mit Kennedy „einen echten Kriminellen“.

Über die Köpfe hinweg

Tatsache war, dass die Westalliierten über die Köpfe der Deutschen hinweg eine Verständigung mit der Sowjetunion suchten. Schon am 5. August 1961 – vor dem Mauerbau – hatte der amerikanische Außenminister Dean Rusk seinem britischen Kollegen Lord Home gesagt: „Die Westdeutschen werden viele Dinge schlucken müssen, die sie bis jetzt für unmöglich gehalten haben.“ Und Kennedy verlangte gar 1962, Adenauer solle seine Hand auf den Sarg der bisherigen Deutschland- und Berlinpolitik legen „and help to carry the coffin“. Der „Alte“ spielte nicht mit. Willy Brandt später schon – nach herber Enttäuschung über die westlichen „Freunde“.

Der „Verrat“ der Westalliierten an der im Deutschlandvertrag mit Deutschland gemeinsam beschworenen Wiedervereinigungspolitik – so Steiningers Ergebnis – geschah auch schon in der Mauerbau-Krise, die sich seit 1958 anbahnte und in der „der britische Premierminister Harold Macmillan... der beste Verbündete Chruschtschows“ war. Macmillan trat öffentlich für die Wiedervereinigung Deutschlands ein, intern stets dagegen. Das ist, nach Steininger, „auch aus heutiger Sicht noch ein Skandal“. So ging also der Westen mit seinen Verpflichtungen aus dem Deutschlandvertrag um.

Die „neuen Realitäten“ zu sehen, das forderten auch die Amerikaner: Anerkennung der DDR, der Oder-Neiße-Grenze, Westberlin kein Teil der Bundesrepublik Deutschland. Heinrich Krone, CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzender, notierte Ende Dezember 1961 in seinem Tagebuch: „Was wir immer nicht glauben wollten, die amerikanische Politik nimmt diese Grenze zur Kenntnis.“ Wie anders hatte da noch Ernst Reuter 1949 geklungen: „Immer gibt es Menschen, die in einer historischen Stunde anfangen davon zu reden, man müsse sich mit den Realitäten, mit den Tatsachen, mit den Dingen, mit den Verhältnissen abfinden. Mit den realen Verhältnissen fanden sich alle diejenigen ab, die 1933 sich dazu entschlossen, ihren Frieden mit Hitler zu machen. Am Ende lag Deutschland in Trümmern.“

Nur Interessen

Dieser Frontstadtgeist war den Westalliierten jetzt unbequem geworden. Mithilfe de Gaulles gelang es Adenauer noch einmal, Verhandlungen des Westens – kurz nach dem Mauerbau – über die „Anerkennung der Realitäten“ (so John McCloy und Dean Rusk) zu verhindern. Wie wenig die Westalliierten tatsächlich tun wollten, erhellt auch aus der Tat-

sache, dass sie erst am 17. August in Moskau eine Protestnote überreichten. Willy Brandt sah darin eine „peinliche Mischung aus ohnmächtiger Wut und impotenter Protestiererei“; am 16. August sprach er vor 250 000 Berlinern vor dem Schöneberger Rathaus die Warnung vor einem „zweiten München“ aus, vor einer neuen Appeasement-Politik. Berlin wolle endlich eine Gegenoffensive. Schon am 13. August hatte er von den Stadtkommandanten die „Beseitigung der Sperrmaßnahmen“ verlangt. Vergeblich.

Auch dieses Buch Steiningers zeigt wieder, dass Staaten keine Freunde haben, nur Interessen. Die Beteuerung, wie fest die Beziehung mit den „westlichen Freunden“ sei, hinterfragt Steininger in seinem Buch.